

Konrad-Adenauer-Stiftung

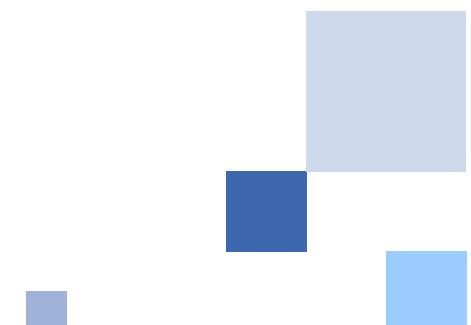
Investitionsentscheidungen für die Zukunft: Die Stromwirtschaft in einem liberalisierten europäischen Markt

Gert Maichel

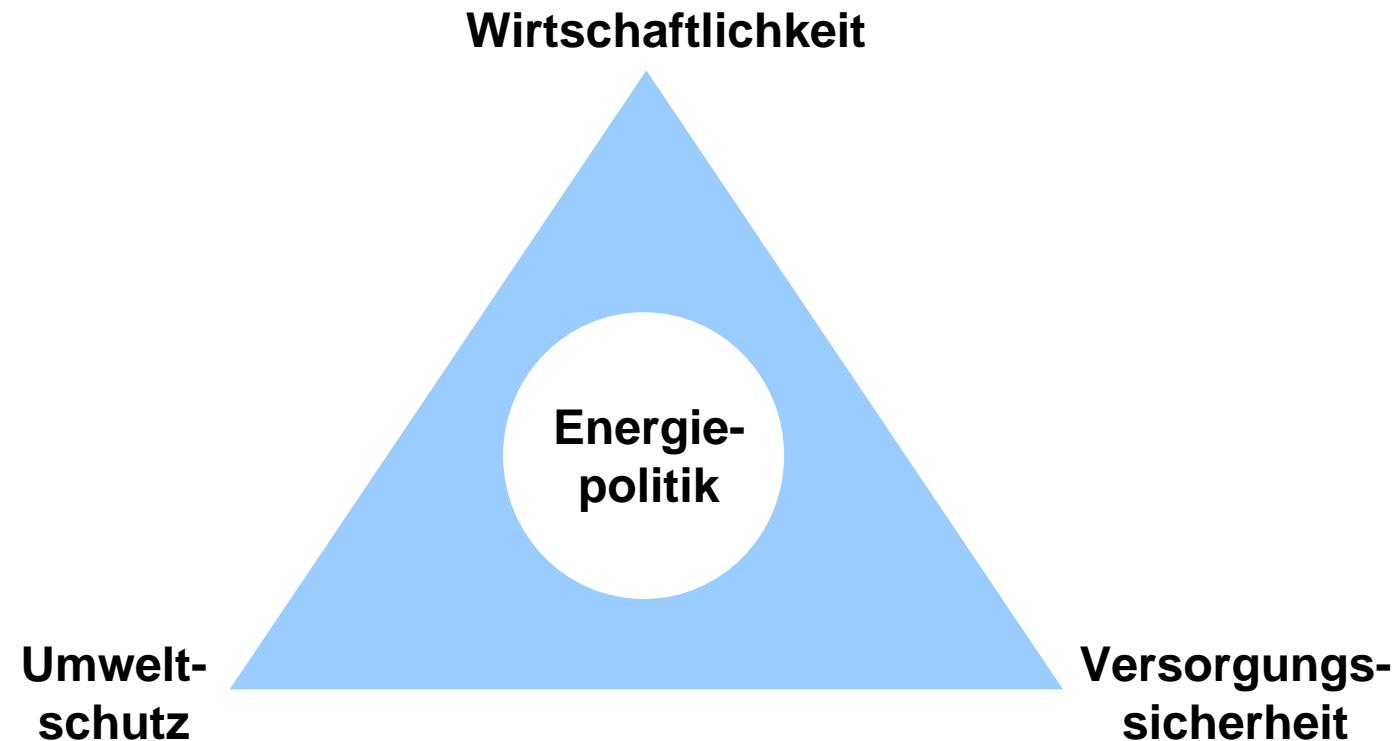
Vorsitzender des Vorstands der RWE Power AG

Mitglied des Vorstands der RWE AG

Berlin, 28. April 2004



Zieldreieck der Energiepolitik



Eine zukunftsorientierte Energiepolitik
muss die Balance wahren zwischen allen drei Zielen.

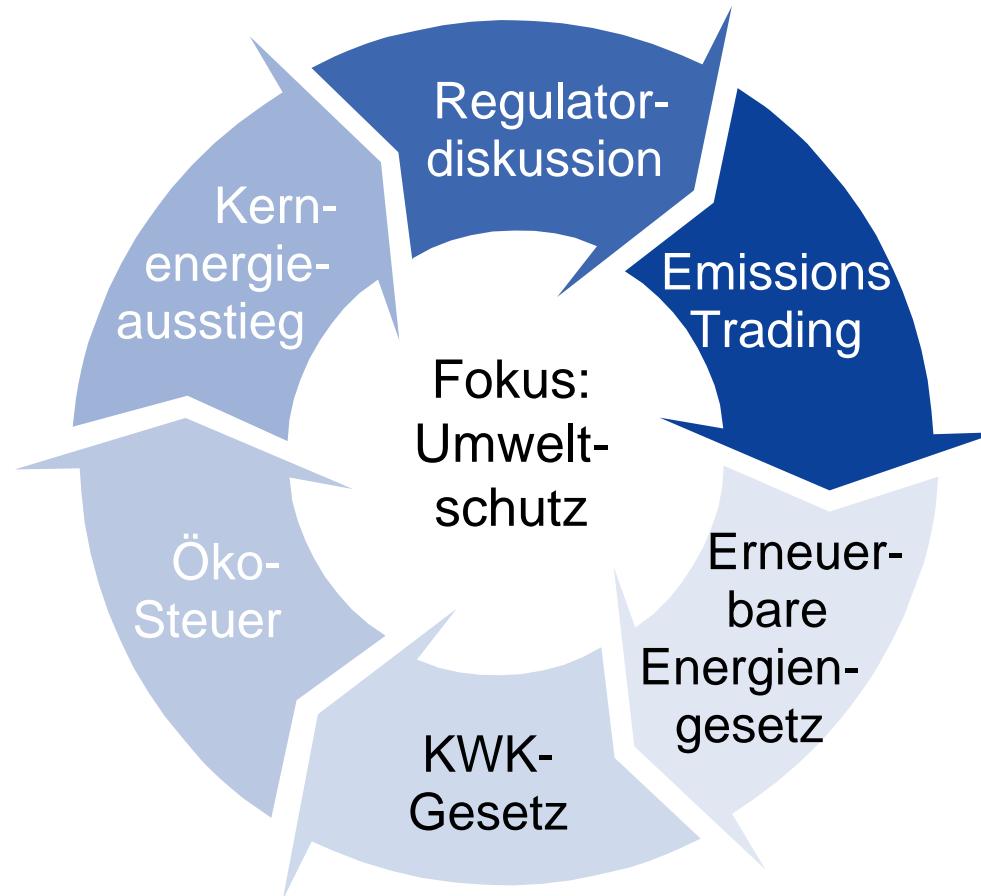
Wirkungszusammenhänge



- Eine funktionierende **Energieversorgung** ist unverzichtbare Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand.
- **Energiepolitik** ist damit von zentraler Bedeutung für die Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik eines Landes.
- Eine **zukunftsähnliche Energiepolitik** setzt verlässliche Rahmenbedingungen und verfolgt ökonomische, ökologische und sozialverträgliche Ziel gleichrangig.

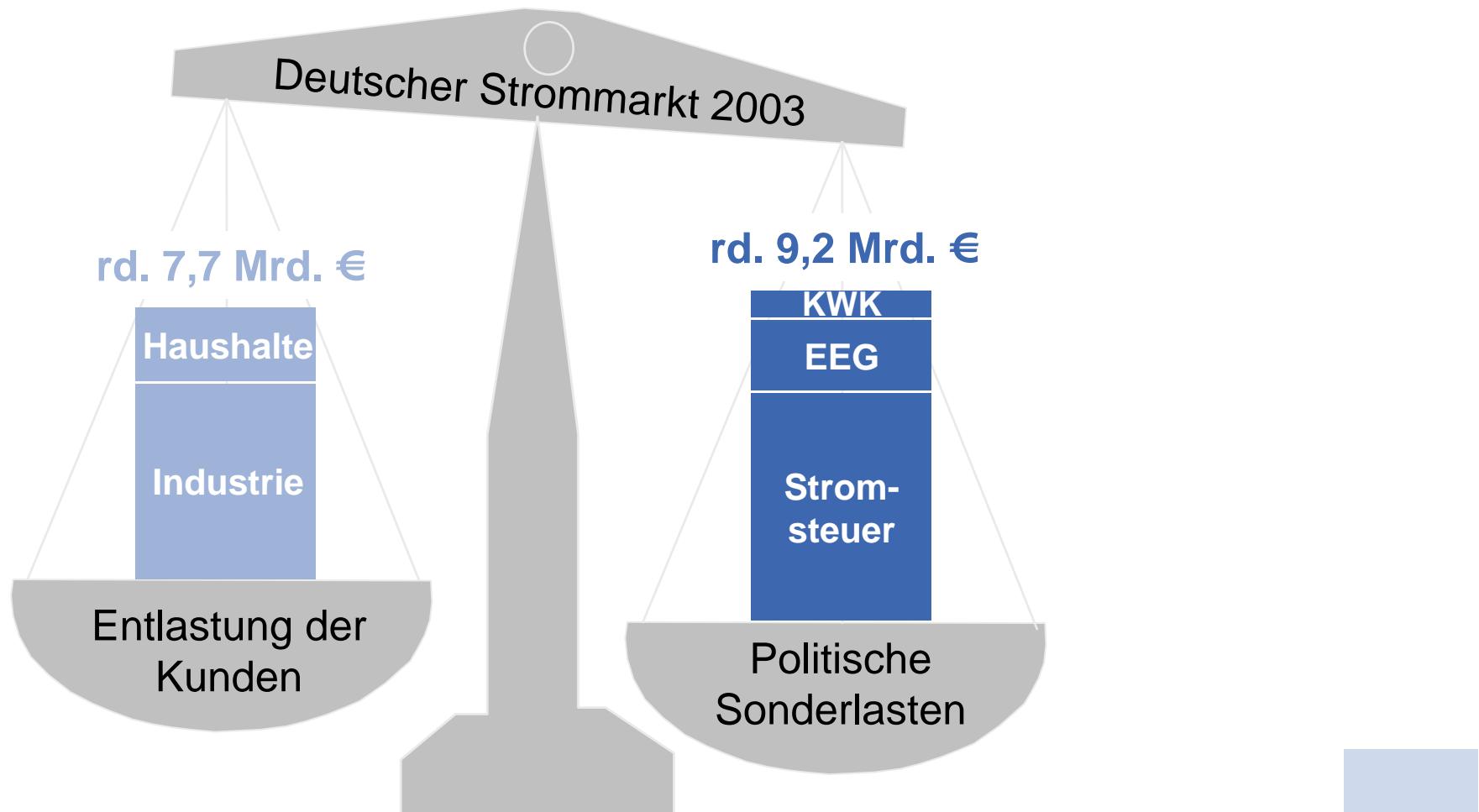
**Tatsächlicher Befund heute:
Energieversorgung ist Verfügungsmasse
für einseitige umweltpolitische Ziele**

Vielzahl von Regelwerken mit z.T. konterkavierender Wirkung



Überprüfung von Kosten – Nutzen – Effekt notwendig

De-Regulierung und staatliche Eingriffe



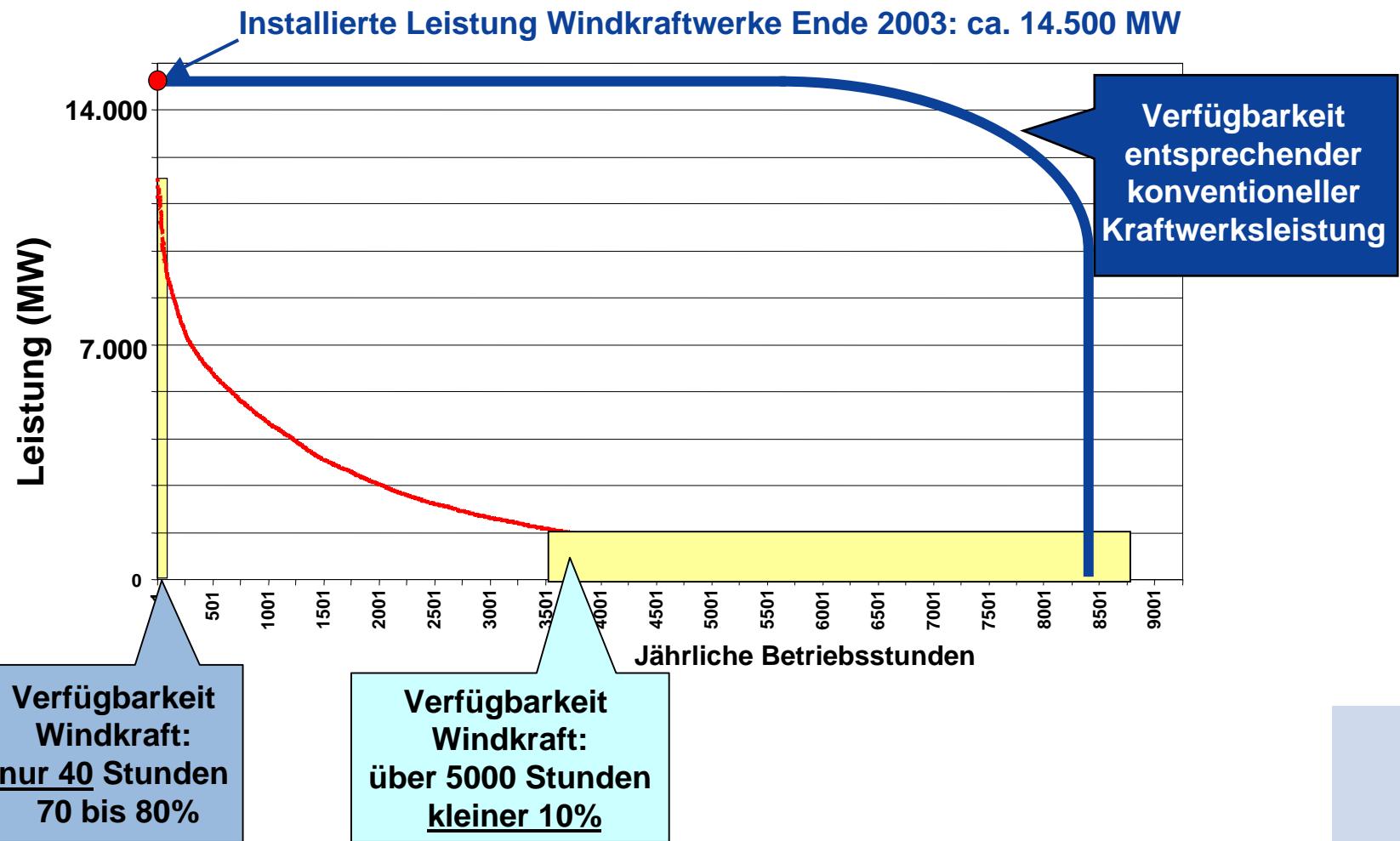
Staatliche Eingriffe überkompensieren Liberalisierungsvorteile

Energiepolitisches Gesamtkonzept in Deutschland erforderlich

- Rund 20.000 MW konventionelle Kraftwerksleistung müssen zwischen 2010 und 2020 ersetzt werden.
- Bis 2020 müssen nach geltendem Gesetz rund 20.000 MW Grundlastleistung Kernenergie ersetzt werden.
- Die zwangseingespeiste Stromproduktion aus EEG- und KWK-Anlagen wird sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln.
- Eine teilweise Reregulierung scheint unausweichlich.

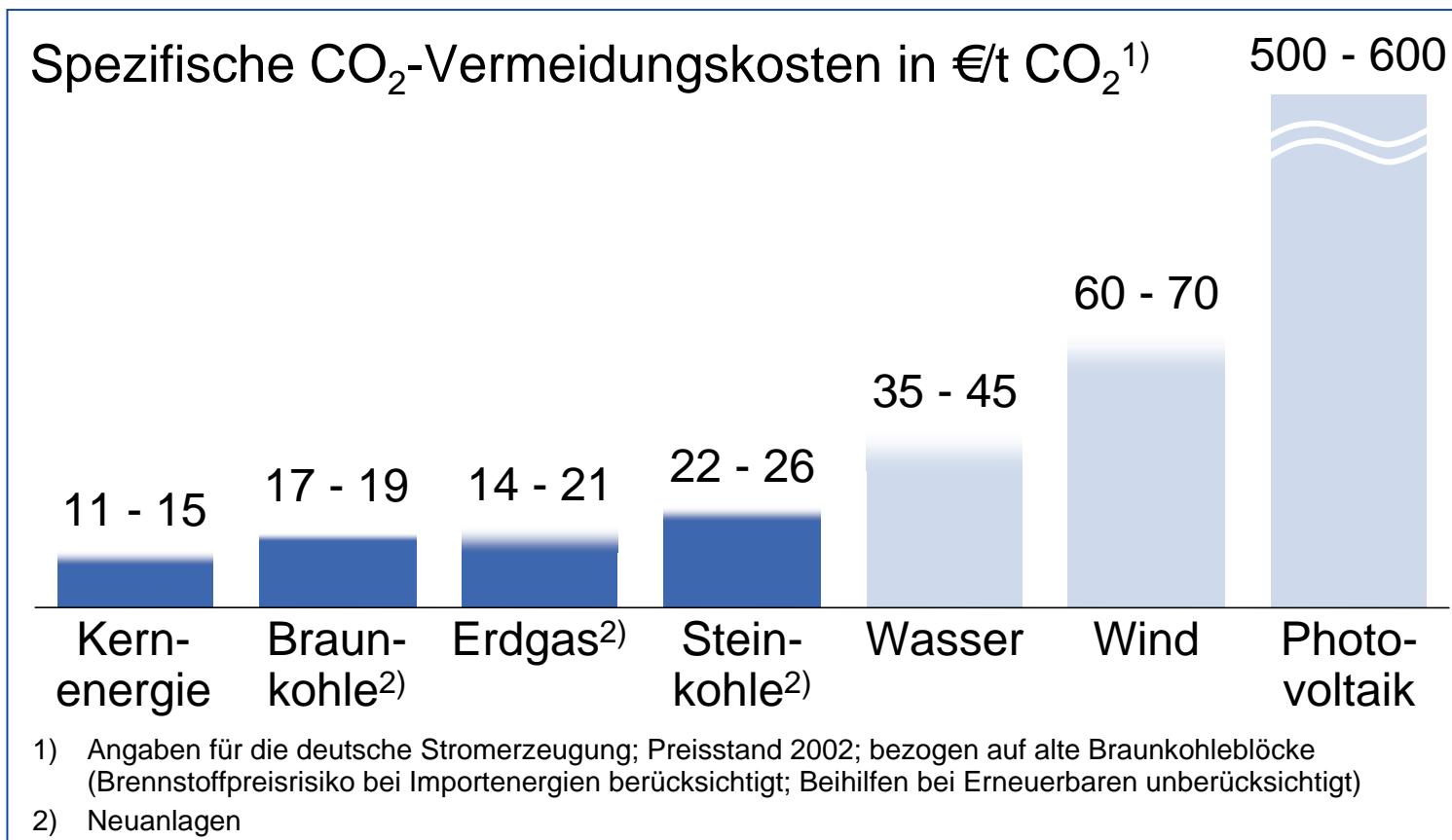
**Ökonomischen und strukturelle Konsequenzen
müssen angemessen berücksichtigt werden**

Windkraft stellt keinen sicher verfüg baren Leistungsbeitrag dar!



Quelle: VET, 2004, modifiziert

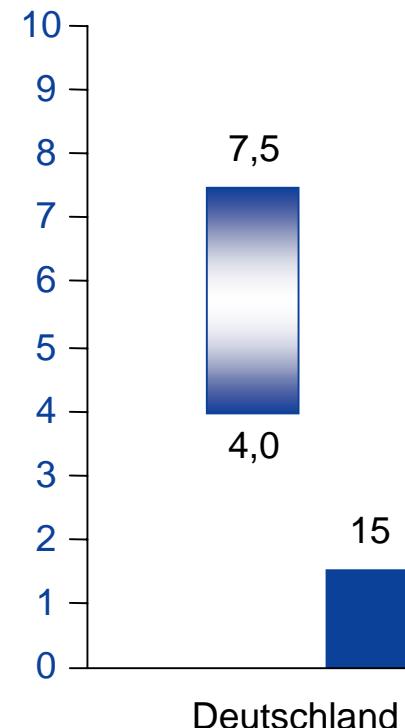
Kraftwerkserneuerung ist kosten-effizienter Weg zur CO₂-Minderung



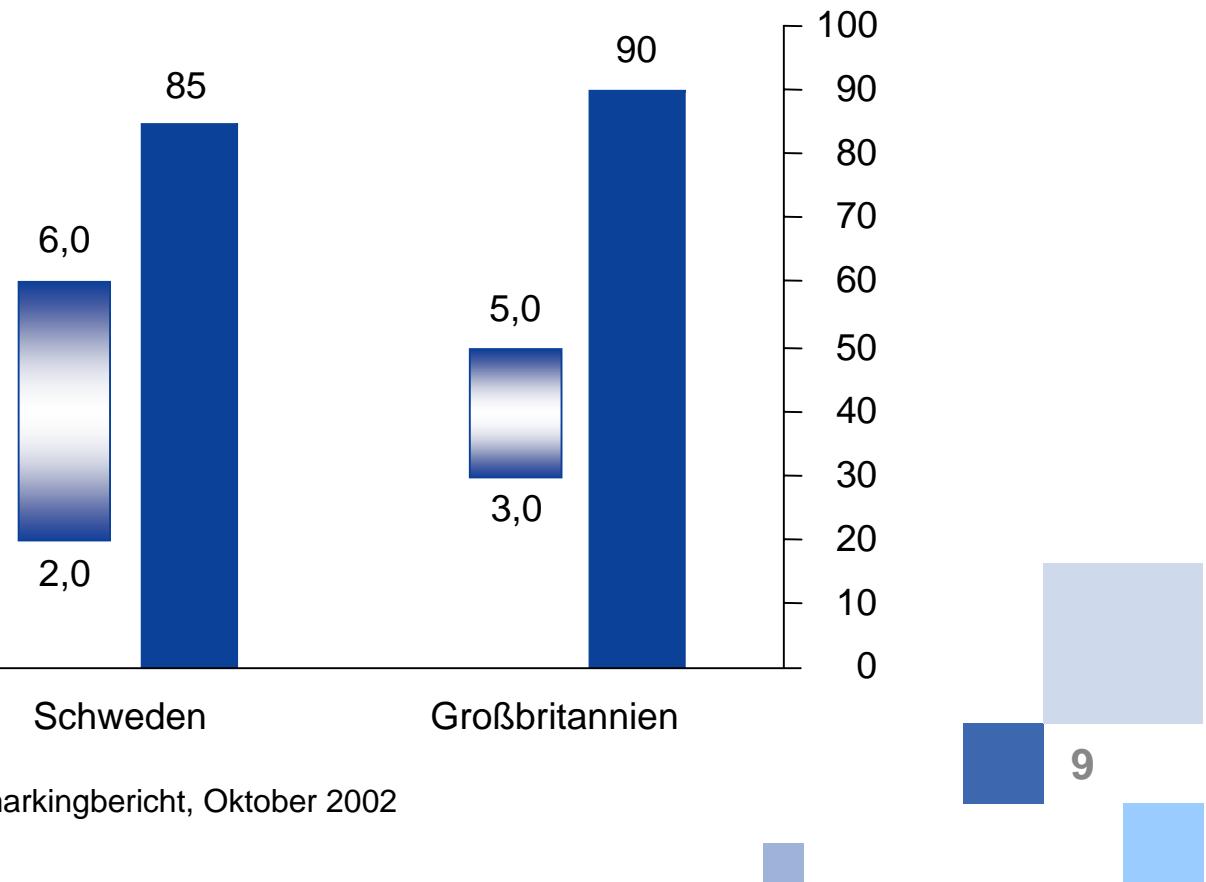
Nur ökonomisch tragfähige Strukturen sind auch langfristig ökologisch und sozial belastbar

Versorgungssicherheit - Netze

Netznutzungsentgelte
in ct/kWh (netto)



Jährliche Unterbrechungsdauer im
Niederspannungsbereich
in Minuten pro Kunde



Quelle: Europäische Kommission, 2. Benchmarkingbericht, Oktober 2002

Anforderungen an eine zukunftsorientierte Energiepolitik

- 1 Verlässliche politische Rahmenbedingungen
- 2 Breiter, ausgewogener und wettbewerbsfähiger Energiemix
- 3 Schlanke Regulierung auf deutscher und europäischer Ebene
- 4 In internationalen Rahmen eingebettete deutsche Klimapolitik
- 5 Verstärkte und unvoreingenommene Energieforschung

Energiepolitik und Umweltpolitik müssen integraler Bestandteil einer marktorientierten Wirtschaftspolitik sein

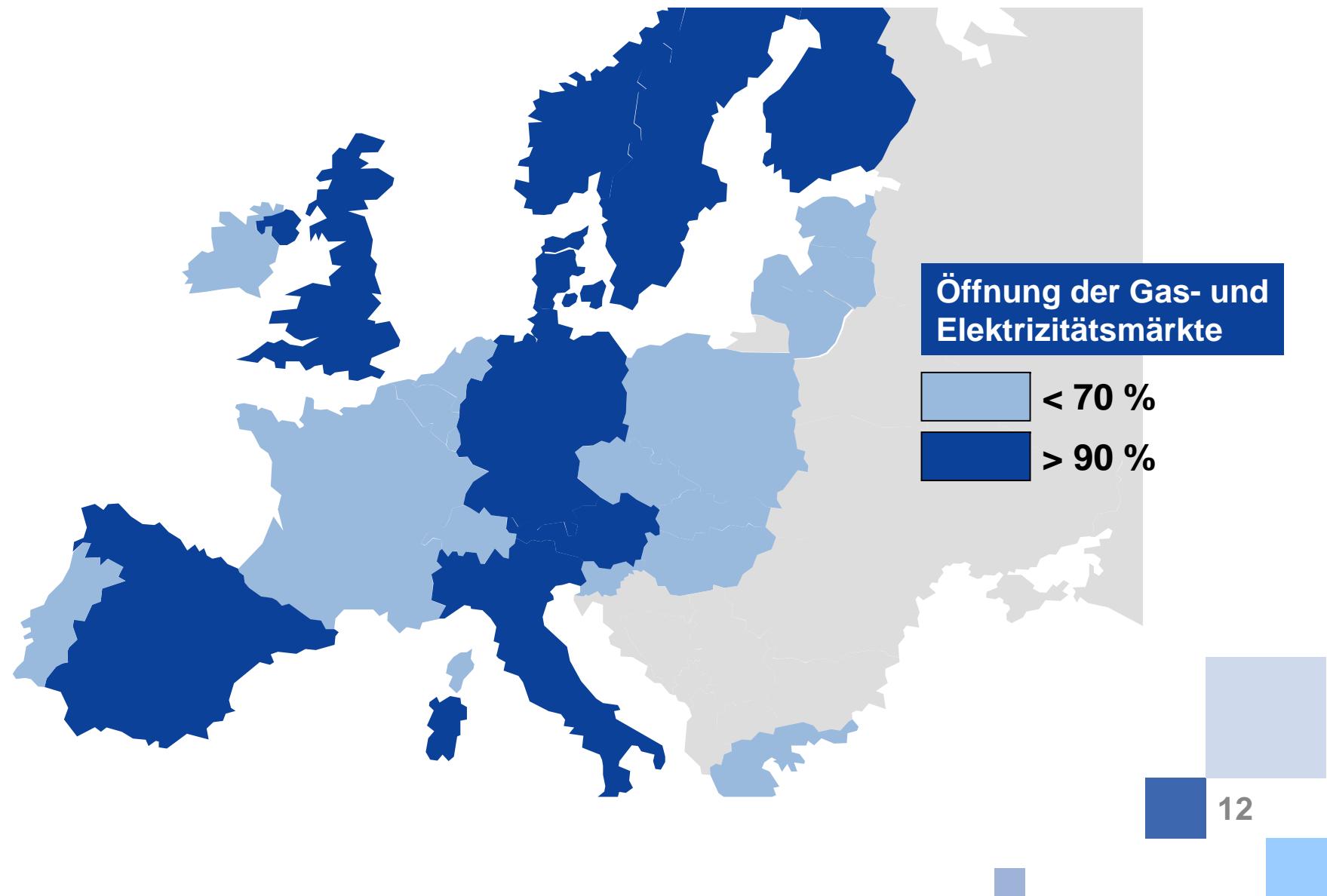
Entwicklungen in Europa berücksichtigen



- EU-weite Liberalisierung
- Privatisierungsprozesse in Kontinentaleuropa
- Kostendruck durch Wettbewerb
- Wachstumschancen für die großen Spieler auf nationaler und internationaler Ebene
- Konzentrationsprozess

**Zielsetzung der Marktöffnung:
Niedrige Strom- und Gaspreise für
Industrie- und Privatkunden**

Ungleicher Wettbewerb in Europa



Nationale Allokationspläne in der Europäischen Union

Stand 26.04.04

Termingerechte Vorlage

- Deutschland
- Finnland
- Irland
- Österreich
- Dänemark
- Niederlande
- Luxemburg
- Schweden

Verspätete Vorlage

- Grossbritannien
- Lettland
- Portugal

Kein Entwurf verfügbar

- Spanien
- Italien
- Frankreich
- Griechenland
- Belgien
- Alle übrigen Beitrittsländer

Start des Emissionshandels wahrscheinlich mit wenigen Mitgliedsstaaten; Folge: Geringere Marktliquidität und höhere CO₂-Zertifikatspreise

Herausforderungen bei erforderlichen Investitionen nicht durch Interventionen erreichbar

- IEA schätzt die erforderlichen Investitionen nur im Elektrizitätsbereich in den europäischen OECD-Staaten (EU-25) bis 2030 auf 707 Mrd. US-Dollar im Erzeugungsbereich und auf 644 Mrd. US-Dollar im Netzbereich.
- Die Aufbringung des erforderlichen Kapitals ist eine enorme Herausforderung, für die ein attraktives Umfeld geschaffen werden muss:



Schlussfolgerungen

- Energiepolitik und Umweltpolitik müssen integraler Bestandteil einer marktorientierten Wirtschaftspolitik sein.
- Europäische und nationale Energiepolitik muss einen konfliktfreien Rahmen für Wettbewerb und die Anwendung marktwirtschaftlicher Mechanismen schaffen.
- Dies erfordert eine sensible Balance zwischen der Notwendigkeit einer Europäisierung der Energiepolitik in einigen Bereichen sowie eine ausreichende Subsidiarität in anderen Bereichen zu erhalten.

Nur wenn diese Balance gelingt, kann die Energiewirtschaft in die Lage versetzt werden die erforderlichen Investitionen bereitzustellen.